

Hoda Aboushanab, Klaus Gründler, Niklas Potrafke, Fabian Ruthardt und Jannik Sielmann

Ökonomenpanel: Hoffnungsträger Biden

IN KÜRZE

Volkswirt*innen an deutschen Universitäten erwarten vom neuen US-Präsidenten Joe Biden positive Wirkungen auf die Wirtschaft in Deutschland und der EU. Im aktuellen Ökonomenpanel gaben 71% der Teilnehmenden an, sie hielten Bidens Präsidentschaft für »eher positiv«, 5% sogar für »sehr positiv« für die deutsche Wirtschaft. 19% erklärten, die Wahl habe »keinen Einfluss«. Die Professor*innen hoffen zudem auf eine bessere internationale Zusammenarbeit unter US-Präsident Biden, nachdem der Multilateralismus unter der Trump-Administration sehr gelitten habe.

Am 3. November 2020 haben die US-Amerikaner*innen gewählt. In einem Wahlkrimi hat sich der Demokrat Joe Biden gegen den Republikaner Donald Trump durchgesetzt. Er wird ab dem kommenden Jahr als 46. Präsident die Regierungsgeschäfte der Vereinigten Staaten leiten. Welche Folgen hat die Wahl für Deutschlands Wirtschaft? Wie wird sich in Zukunft die internationale Zusammenarbeit unter dem designierten US-Präsidenten Biden entwickeln? Das 32. Ökonomenpanel beschäftigt sich mit der US-Wahl sowie der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Wahl vor allem für Deutschland, aber auch für die EU und die USA.

»PRESIDENTIAL GROWTH GAP«

Die Wirtschaftsleistung der Vereinigten Staaten ist unter demokratischen Präsidenten stärker als unter republikanischen Präsidenten. Die empirische Forschung ist sich allerdings unschlüssig über die Ursache dieses Phänomens. Blinder und Watson (2016) zeigen für 16 Präsidentschaften, von Truman 1949 bis Obama 2012, dass der »Presidential growth gap« rund 1,8 Prozentpunkte beträgt. Um das höhere Wachstum unter demokratischen Präsidenten zu erklären, schließen sie die Zusammensetzung des Kongresses und das Trendwachstum als Erklärung aus. Auch die Partisan-Theorien von Hibbs (1977), Chappell und Keech (1986) und Alesina (1987), wonach Demokraten eine expansivere Geld- und Fiskalpolitik betreiben als Republikaner, sind nicht für den Unterschied verantwortlich (für eine Übersicht, inwieweit Demokraten und Republikaner unterschiedliche Wirtschaftspolitik betreiben, siehe Potrafke 2018). Es sind vielmehr exogene Faktoren wie Ölshocks, Produktivitätsschocks, Verteidigungsausgaben für den Koreakrieg, außenwirtschaftliches Wachstum und Verbrauchererwartungen, die zusammen bis zu 70% des »Presidential growth gap« erklären können.

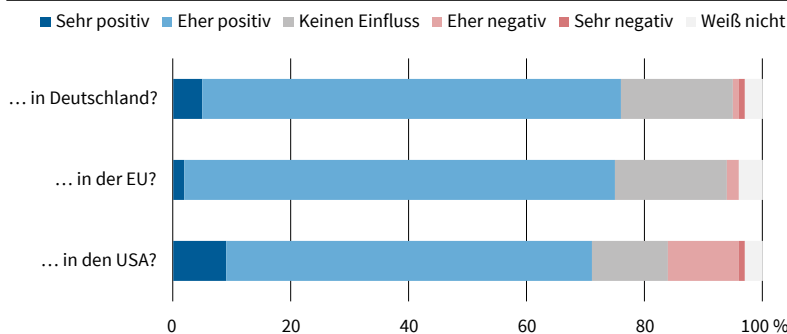
IN REZESSIONEN WERDEN DEMOKRATEN GEWÄHLT

Pastor und Veronesi (2020) präsentieren eine alternative Erklärung für die Wachstumslücke. Das Modell der Autoren verknüpft zeitvariante Risikoaversion mit Wählerpräferenzen und -erwartungen. Wenn die Risikoaversion aufgrund einer Rezession hoch ist, wird die Partei gewählt, die Umverteilung und soziale Sicherheit verspricht. In den USA sind das die Demokraten. Die durch Covid-19 verursachte Rezession zum Ende der ersten Amtszeit Trumps und der darauffolgenden Wahl von Joe Biden passen ins Bild, auch wenn die Präsidentschaftswahl 2020 im Wesentlichen von der Person Donald Trump getrieben worden sein dürfte. Ganz allgemein ist das Wahlergebnis im Modell von Pastor und Veronesi (2020) endogen: Die Wachstumslücke sei nicht auf unterschiedliche Politiken der Präsidenten zurückzuführen, sondern auf die zum Zeitpunkt der Wahl vorherrschenden Bedingungen. In einer Rezession gewählte Demokraten profitieren insbesondere in

Abb. 1

Biden und die Wirtschaft

Welche Erwartungen haben Sie an die erste Amtszeit Bidens (2021–2024) hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung ...



Quelle: Ökonomenpanel November 2020.

© ifo Institut

ihrer ersten Amtszeit von der ersten Phase des nächsten Konjunkturzyklus: dem wirtschaftlichen Aufschwung.

Ob nun Glück oder Geschick der demokratischen Präsidenten den USA höhere Wachstumsraten beschert haben, ist für die Zukunft nicht ausschlaggebend. Sollte sich das Muster in den amerikanischen Wachstumsraten aber fortsetzen, stehen den US-Amerikanern und uns bessere Zeiten bevor. Diesen Optimismus teilen auch die deutschen Ökonom*innen, wie die Ergebnisse des 32. Ökonomenpanels zeigen.

ÖKONOM*INNEN ERWARTEN POSITIVE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Eine deutliche Mehrheit von jeweils über 70% der teilnehmenden Ökonom*innen erwartet eine »stark positive« oder »eher positive« wirtschaftliche Entwicklung in den USA, in der EU und in Deutschland während der ersten Amtszeit Bidens (2021–2024). Rund ein Fünftel sieht keinen Einfluss der ersten Amtszeit Bidens auf die wirtschaftliche Entwicklung in der EU oder in Deutschland; für die USA erwarten nur 13% keinen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum. Während kaum ein*e Ökonom*in mit einem negativen Einfluss Bidens auf die Wirtschaft in Deutschland oder der EU rechnet, sehen immerhin 12% der Ökonom*innen die wirtschaftlichen Aussichten in den USA »eher negativ«. Jeweils knapp 5% der Ökonom*innen antworten mit »Weiß nicht«.

HOFFNUNG AUF VERBESSERUNG DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT UNTER BIDEN

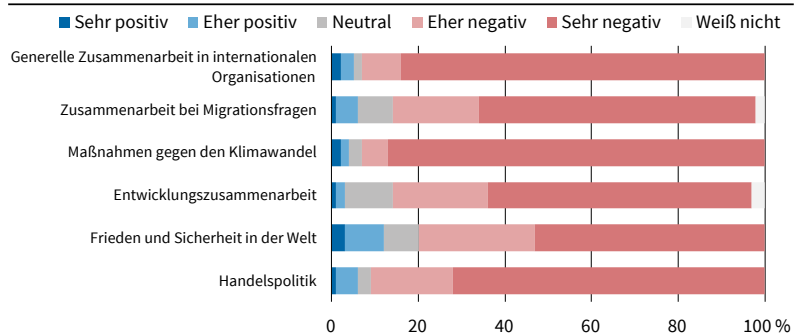
Die Arbeit der Trump-Administration (2017–2020) im Bereich der internationalen Zusammenarbeit wird mehrheitlich »sehr negativ« bewertet. Besonders schlecht kommt die Trump-Administration bei der Bewertung der Maßnahmen gegen den Klimawandel, der Handelspolitik und der generellen Zusammenarbeit in internationalen Organisationen weg. Auch die Zusammenarbeit bei Migrationsfragen und in der Entwicklungshilfe wird von den teilnehmenden Ökonom*innen negativ beurteilt. Am besten schneidet die Trump-Administration noch bei der Wahrung von Frieden und Sicherheit in der Welt ab: Rund ein Zehntel sieht die Arbeit der Trump-Administration »eher positiv«, 3% sogar »sehr positiv«. Allerdings beurteilen auch hier 80% der Ökonom*innen die Arbeit während der ersten Amtszeit Trumps als »eher negativ« oder »sehr negativ«.

Ganz anders sind die Erwartungen an die erste Amtszeit Bidens: Die teilnehmenden Ökonom*innen versprechen sich von der Biden-Administration eine deutlich bessere Zusammenarbeit in internationalen Organisationen und stärkere Maßnahmen gegen den Klimawandel. Jeweils mehr als 60% erwarten eine

Abb. 2

Bewertung von Trumps internationaler Zusammenarbeit

Wie bewerten Sie die Arbeit der ersten Amtszeit Trumps (2017–2020) in den folgenden Bereichen der internationalen Zusammenarbeit?



Quelle: Ökonomenpanel November 2020.

© ifo Institut

»eher positive« Entwicklung in diesen Bereichen der internationalen Zusammenarbeit; rund 20% sogar eine »sehr positive«. Eine deutliche Mehrheit erwartet auch mehr Frieden und Sicherheit in der Welt. Zurückhaltender sind die teilnehmenden Ökonom*innen bei der Handelspolitik und der Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe sowie bei Migrationsfragen. Dennoch sind auch bei diesen Themenfeldern die Erwartungen überwiegend positiv oder neutral. Negative Erwartungen gibt es kaum; am ehesten sind sie mit knapp 10% bei der Handelspolitik verbreitet.

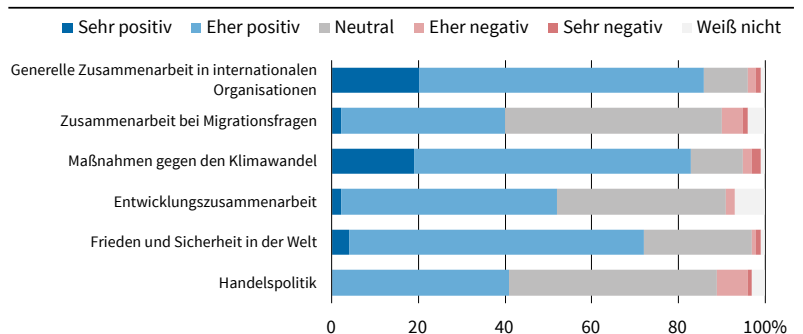
TRUMPS AMTZEIT HATTE NEGATIVEN EFFEKT AUF DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Die erste Amtszeit Trumps hatte einen negativen Effekt auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Diese Meinung vertreten 60% der teilnehmenden Ökonom*innen und begründen dies mit der restriktiven US-Handelspolitik und der großen politischen Unsicherheit durch Trump. Von einem sehr negativen Effekt gehen 7% aus. An einen positiven Effekt der Trump-Amtszeit auf die deutsche Wirtschaft glauben 12%, da die unter Trump stark wachsende US-Wirtschaft auch positive Auswirkungen auf die Wirtschaft in Deutschland gehabt habe. Ein knappes Fünftel der

Abb. 3

Erwartungen an Biden in der internationalen Zusammenarbeit

Was sind Ihre Erwartungen an die erste Amtszeit Bidens (2021–2024) in den folgenden Bereichen der internationalen Zusammenarbeit?



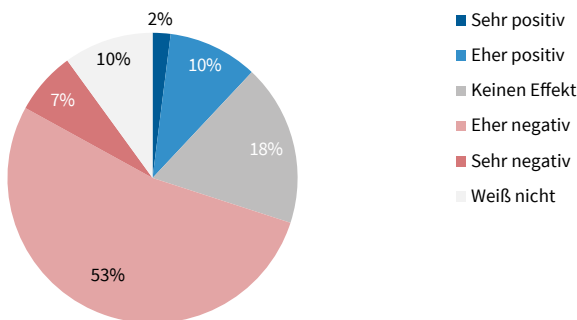
Quelle: Ökonomenpanel November 2020.

© ifo Institut

Abb. 4

Trump und die deutsche Wirtschaft

Welchen Effekt hatte Ihrer Meinung nach die erste Amtszeit Trumps auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaft?



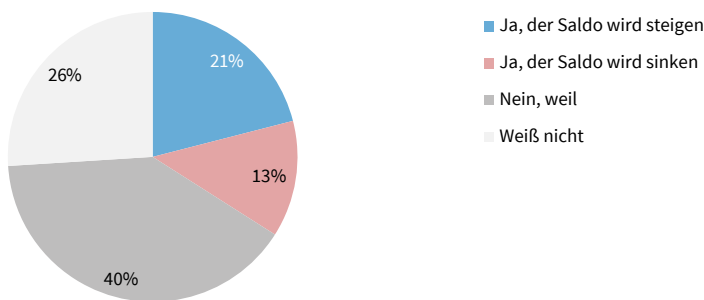
Quelle: Ökonomenpanel November 2020.

© ifo Institut

Abb. 5

Deutsche Außenhandelsbilanz mit den USA

Rechnen Sie in der ersten Amtszeit Bidens mit einer Veränderung des Saldos der deutschen Außenhandelsbilanz mit den USA?



Quelle: Ökonomenpanel November 2020.

© ifo Institut

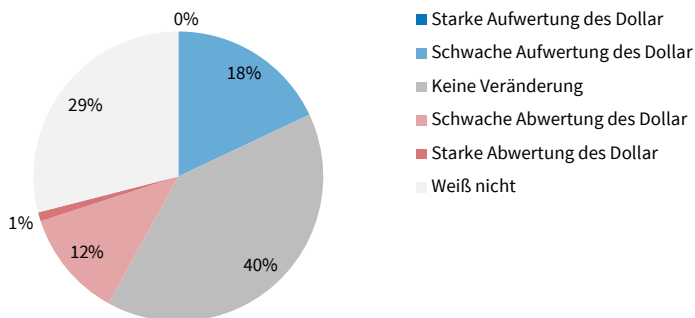
teilnehmenden Ökonom*innen kann keinen Effekt erkennen; teils, weil sich angekündigte negative Interventionen in Grenzen gehalten hätten und teils, weil sich positive und negative Effekte ausgleichen. Mit »Weiß nicht« antworten 10%.

Die Antworten der Ökonom*innen ergänzen sich gut mit denen der 2016er Umfrage des Ökonomenpanels zur Präsidentschaftswahl in den USA (Dorn et al. 2016). Die große Mehrheit der damaligen Teilnehmer*innen hätte Hillary Clinton zur Präsidentin

Abb. 6

Euro-Dollar-Wechselkurs

Welche Erwartungen haben Sie an die Entwicklung des Euro-Dollar-Wechselkurses durch den Wahlsieg Bidens?



Quelle: Ökonomenpanel November 2020.

© ifo Institut

gewählt. Von ihr erwarteten die Ökonom*innen im Vergleich zur Alternative Trump bessere ökonomische und politische Impulse. Insbesondere beim Handel mit Europa und dem Rest der Welt erwarteten sie positive Effekte durch Clinton. Auch eine erste Bilanz ein Jahr nach der Wahl Trumps zum US-Präsidenten fiel negativ aus. In der Quartalsbefragung des ifo Economic Expert Survey (ehemals World Economic Survey) und der November-Umfrage des Ökonomenpanels zur Regierungsarbeit der neuen US-Regierung sahen die beiden Expertengruppen keine positiven Impulse durch Trump (Boumans et al. 2017). Besonders negativ wurden die Auswirkungen der Politik Trumps in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Gesundheitswesen, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit sowie internationale Zusammenarbeit bewertet. Die Leistung des US-Präsidenten wurde von vielen Teilnehmer*innen sogar noch schlechter eingestuft, als sie es zuvor erwartet hatten.

ÖKONOM*INNEN UNEINIG BEI DER ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN AUSSENHANDELSBILANZ

Im Jahr 2019 lag der Saldo der Außenhandelsbilanz Deutschlands mit den USA bei etwa 47,3 Mrd. Euro. Zwei Fünftel der befragten Ökonom*innen gehen davon aus, dass sich die Außenhandelsbilanz unter Biden nicht wesentlich verändern wird, da hierfür weniger handelspolitische Entscheidungen als vielmehr makroökonomische Entwicklungen entscheidend seien. An einen steigenden Saldo glaubt gut ein Fünftel und begründet das mit einer Verbesserung der weltweiten Handelsbeziehungen und mehr deutschen Exporten in die USA. Rund 13% erwarten aufgrund fortgeführter Handelsrestriktionen und verminderter wirtschaftlicher Aktivität in den USA einen sinkenden Saldo. Für einen hohen Grad an Unsicherheit unter den teilnehmenden Ökonom*innen spricht der vergleichsweise hohe Anteil an »Weiß nicht«-Antworten (26%).

KEINE VERÄNDERUNG DES EURO-DOLLAR-WECHSELKURSES ERWARTET

Zwei Fünftel der befragten Ökonom*innen erwarten keine Veränderung des Euro-Dollar-Wechselkurses durch den Wahlsieg Bidens, da die Notenbankpolitik weitgehend unverändert bleibe, der Wechselkurs viele Treiber habe und mögliche Effekte bereits eingepreist seien. Immerhin 18% glauben an eine schwache Aufwertung des Dollar gegenüber dem Euro und begründen dies mit wachsendem Vertrauen in die US-Politik und Wirtschaft. Demgegenüber stehen 13% der teilnehmenden Ökonom*innen, die aufgrund einer erwarteten expansiven Fiskal- und Geldpolitik mit einer Abwertung des Dollar gegenüber dem Euro rechnen. Für eine hohe Unsicherheit spricht erneut die große Zahl an »Weiß nicht«-Antworten (29%).

ÖKONOM*INNEN GLAUBEN NICHT AN EINE REDUZIERUNG DER US-STAAATSSCHULDENQUOTE

Dass Präsident Biden versuchen wird, die US-Staatsverschuldungsquote zu reduzieren, erwartet nur gut ein Viertel der teilnehmenden Ökonom*innen. Gelingen könne ihm das vor allem mit Steuererhöhungen. Ausgabenkürzungen werden eher nicht erwartet. Rund 64% rechnen nicht mit einem Versuch Bidens, die Staatsschuldenquote zu reduzieren. Dazu fehle inmitten der Corona-Pandemie und aufgrund der bevorstehenden Klimakrise der finanzielle Spielraum. Zusätzlich würde der Druck der Wähler und des linken Parteiflügels innerhalb der Demokratischen Partei Bewegungen in diese Richtung verhindern. Außerdem könne sich die USA beliebig und günstig am Kapitalmarkt verschulden und eine Verringerung der Staatsverschuldung sei kein primäres Ziel Bidens. Mit »Weiß nicht« antworten 10%.

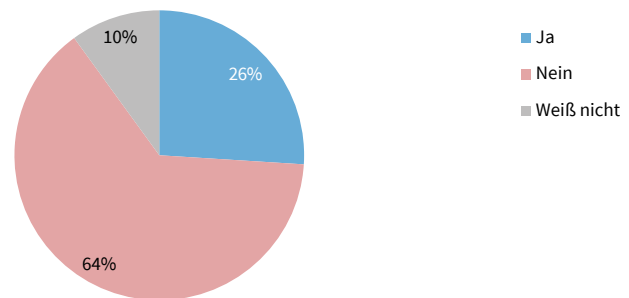
LITERATUR

- Alesina, A. (1987), »Macroeconomic policy in a two-party system as a repeated game«, *Quarterly Journal of Economics* 102(3), 651–678.
- Blinder, A. S. und M. W. Watson (2016), »Presidents and the US economy: An econometric exploration«, *American Economic Review* 106(4), 1015–1045.
- Boumans, D., F. Dorn, S. Gäbler, B. Kauder, M. Krause, A. Peichl und N. Potrafke (2017), »Ein Jahr nach der Wahl: Welche Auswirkungen hat die Präsidentschaft Trumps auf Wirtschaft und Politik?«, *ifo Schnelldienst* 70(23), 35–41.

Abb. 7

US-Staatsverschuldung

Wird Präsident Biden versuchen, die US-Staatsverschuldungsquote zu reduzieren?



Quelle: Ökonomenpanel November 2020.

© ifo Institut

Chappell, H. W. Jr. und W. R. Keech (1986), »Party differences in macroeconomic policies and outcomes«, *American Economic Review* 76(2), 71–74.

Dorn, F., M. Krause, P. Meier und N. Potrafke (2016), »Hillary Clinton oder Donald Trump–wer wird der bessere US-Präsident?«, *ifo Schnelldienst* 69(20), 45–50.

Hibbs, D. A. Jr. (1977), »Political parties and macroeconomic policy«, *American Political Science Review* 71(4), 1467–1487.

Pástor, L. und P. Veronesi (2020), »Political cycles and stock returns«, *Journal of Political Economy* 128(11), 4011–4045.

Potrafke, N. (2018), »Government ideology and economic policy-making in the United States – a survey«, *Public Choice* 174, 145–207.